

DIE LINKE. Baden-Württemberg  
Landesgeschäftsstelle  
Falkertstr. 58  
70176 Stuttgart  
Tel.: 0711-241045  
E-Mail: lgs@die-linke-bw.de



## **Materialien zum Landesparteitag am 14./15.Oktober 2023 in Leinfelden-Echterdingen**

**Tagesordnung/Zeitplan**  
(Vorschlag)

**Rechenschaftsbericht**

**Antrags- Abstimmungsheft**

Leitantrag: Kommunale Eckpunkte zur Kommunalwahl 2024

Antrag P1: Landesarbeitsgemeinschaft Frieden

Antrag S1: Landeskommission Politische Bildung

## Vorschlag für die Tagesordnung und den Zeitplan

### **Samstag, 14.10. Einlass und Anmeldung ab 9:30 Uhr**

- 10.30 h Begrüßung und Konstituierung
- 10.45 h Beschluss über Tagesordnung und Zeitplan
- 10.55 h Redebeitrag der Landessprecher\*innen Sahra Mirow und Elwis Capece
- 11.15 h Redebeitrag Daphne Weber Mitglied im Parteivorstand
- 11.35 h Beginn: Generaldebatte (gesetzter Beitrag Solid 10 Minuten)

### **12-13 Uhr Mittagspause**

- 13.00 h Fortsetzung der Generaldebatte / Aussprache
- 14.30 h Frauen\*plenum / Parallel Information zur Umsetzung P13
- 15:45 h Bericht Frauen\*plenum
- 16.00 h Rechenschaftsbericht Landesvorstand
- 16.10 h Finanzbericht/ Aussprache
- 16.25 h Bericht Finanzrevision/ Aussprache
- 16:45 h Entlastung Landesvorstand
- 16:55 h Bericht der Mandatsprüfung
- 17:00 h Beschluss über die Größe der Landesvorstandes
- 17:10 h Wahl Landesvorstand (Landessprecher\*in), Wahl Landesvorstand (Landesschatzmeisterin), Wahl Landesvorstand (3 weitere geschäftsführende Mitglieder), Wahl Landesvorstand, (Vorstellungszeit je 3 min); Zwischen den Wahlgängen: Weitere Grußworte (digital: GEW, evtl. DGB, Fabrikbesetzung Florenz, KPÖ)

Ende: voraussichtlich 21 Uhr

### **Sonntag 3.4. (Einlass 8:30 Uhr, Beginn 9 Uhr)**

- 9.00 h Antragsdebatte
- 9.30 h Kommunalwahl inkl. Sorgende Städte, Vorstellung Kommunale Eckpunkte und anschließend Antragsdebatte zu Kommunalen Eckpunkten
- 11:15h Wahl Delegierte für den Bundesausschuss
- 11:45 h Grußwort HDP

### **12-13 Uhr Mittagspause**

- 13:00 h Redebeitrag Özlem Demirel, Mitglied des Europaparlaments
- 13:20 h Europawahl
- 13:45 h Bericht Landesschiedskommission
- 14:00 h Wahl Schiedskommission
- 14:25 h Wahl Finanzrevision
- 14:50 h Verabschiedung
- 15:00 h voraussichtlicher Abschluss des Landesparteitags

## Rechenschaftsbericht des Landesvorstands Oktober 2021 – Oktober 2023 DIE LINKE. Baden-Württemberg

Der Landesvorstand wurde am 16. Oktober 2021 gewählt, 14 von 20 Vorstandsmitglieder kamen zum ersten Mal in den Landesvorstand. Sitzungen des Landesvorstands fanden in der Regel alle 4-6 Wochen statt, abwechselnd in Präsenz und digital. Zu den Sitzungen wurde regelmäßig auch das Präsidium des Landesausschusses, die Beisitzer des Jugendverbands solid, die Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Beauftragten des Landesverbands, die Delegierten des Bundesausschuss und die Bundestagsabgeordneten eingeladen. Die Arbeitsgruppen des Landesvorstands tagten zwischen den regulären Sitzungen, oftmals digital. Der Landesvorstand begann seine Arbeit mit einer Klausursitzung vom 6.-7.11.2021. Zweitägige Klausursitzungen fanden einmal jährlich statt, um die Jahresplanung sowie inhaltliche und strategische Fragen zu besprechen. Es haben jährlich zwei Sitzungen des Landesausschusses stattgefunden.

Die Landesinfo als Mitgliederinformationsblatt wurde zwei bis drei Mal im Jahr herausgegeben. Nach den Sitzungen des Landesvorstands gab es eine digitale Sofortinfo an die Mitglieder, außerdem ein zweiminütiges Video, das abwechselnd von einem Mitglied des Landesvorstands für die sozialen Medien aufgenommen wurde. Unterstützung gab es dabei von unserer Pressereferentin Lisa Neher. Unsere Pressearbeit wurde daraufhin deutlich ausgeweitet und professionalisiert, wir kamen öfter in der landesweiten Berichterstattung vor. Derzeit werden alle Homepages der Kreisverbände in ein einheitliches Design gebracht.

Der neu gewählte Landesvorstand beschäftigte sich intensiv mit der Aufarbeitung der Bundestagswahl im September 2021. Hierzu werden mehrere Gesprächs- und Analyserunden durchgeführt. Die Einbindung der Mitglieder über regelmäßige zoom-Besprechungen wurde in den letzten zwei Jahren intensiviert. Erstmals fand auch eine Kreissprecher:innenkonferenz als online-Besprechung statt. Da sich die Anzahl unserer Bundestagsabgeordneten nach der Wahl im September halbiert hat, ging der Landesvorstand früh mit der neuen Landesgruppe in Klausur. Die Bürostruktur im Land konnte weitgehend erhalten bleiben.

Anfang 2022 hat sich eine Arbeitsgruppe strategische Mitgliedergewinnung und -haltung im Landesvorstand gebildet. Es wurden Möglichkeiten zur Mitgliedergewinnung und Aktivierung diskutiert und dem Landesvorstand berichtet. Seit Sommer 2022 kam es zu einer größeren Austrittsbewegung, die sich auch in unserem Landesverband niedergeschlagen hat. Von einst 4100 Mitgliedern sind wir derzeit bei etwa 3500 Mitglieder. Die Austritte und Eintritte halten sich inzwischen wieder ungefähr die Waage. Der Landesvorstand hat daher im Herbst 2022 eine Rückholaktion ausgetretener Mitglieder initiiert, die auch punktuell erfolgreich war. Im Sommer 2023 wurde eine Bustour im Rahmen der Kampagne "Mieten Runter" im Land durchgeführt, die ebenfalls das Ziel hatte, neue Mitglieder zu gewinnen. Dafür wurden Roll-ups „Mitglied werden – hier und jetzt!“ verwendet. Diese Aktionen gilt es auszuweiten und das Wahljahr 2024 mit konkreten Mitglieder(Rück)gewinnungsaktionen zu starten.

Das politische Bildungsangebot wurde deutlich ausgeweitet. Neben der Frauen\*Konferenz, die jährlich stattfindet, wurde auch eine jährliche U35 Konferenz durchgeführt, die sich insbesondere an Genossinnen und Genossen unter 35 Jahre richtet. Im Dezember 2021 fand ein digitales Seminar für Kreisvorstände in Zusammenarbeit mit dem Bereich Politische Bildung im Karl-Liebknecht-Haus statt. Im Frühjahr 2022 wurden Frühjahrpraxisakademien in allen Regierungsbezirken geplant, die praktische Fertigkeiten der Politik in die Breite der Mitgliedschaft vermittelt haben. 2022 fand auch erstmals eine Vernetzung von Frauen\* in Vorständen durch die Landesarbeitsgemeinschaft Frauen\* statt. Im Juni 2022 wurde mit Unterstützung aus dem Landesverband Berlin und Franziska Stier ein zwei-tägiges Multiplikator\*innen Seminar zur Kampagnenarbeit und Organizing in Karlsruhe durchgeführt und damit die landesweite Mietenkampagne in den Kreisverbänden verankert. Die Landesarbeitsgemeinschaft Frieden hat verschiedene Veranstaltungen, u.a. einen Friedensratschlag durchgeführt. Darüber hinaus gab es verschiedene Angebote der kommunalpolitischen Qualifizierung, mit und von dem Kommunalpolitischen Forum Baden-Württemberg. Weitere kommunalpolitische Angebote in der zweiten Jahreshälfte 2023 sind in Planung.

Die Landeskampagne Mieten Runter wurde konkretisiert und vorgebracht. Der Kampagnenrat tagte regelmäßig digital und erlaubte allen Mitgliedern eine niedrigschwellige Teilnahme. Es wurden neben den Kampagnenräten thematische Veranstaltungen, zwei Aktionswochen und eine Mietenkonferenz durchgeführt. Vorbereitet wurden die Besprechungen und Aktionen von einem Orga-Team. Die Kampagne wurde in einem neuen Design ausgelegt, hierfür wurde das Studio Aufbruch beauftragt. Zum Start der bundesweiten Kampagne „Umsteuern – holen wir uns den Reichtum zurück“ beteiligte sich unser Landesverband an den zentralen Aktionswochen und verknüpfte diese mit der landesweiten Kampagne „Mieten Runter“. Thematisch ist eine Mietenkampagne mit einer Kampagne für mehr Umverteilung gut verknüpfbar, dies gilt es fortzuführen und auszubauen.

Mit der Vorbereitung der Kommunal- und Europawahl wurde im Sommer 2022 begonnen. Auf seiner Klausursitzung Anfang 2023 hat der Landevorstand den Zeitplan bis zu den Wahlen konkretisiert und Hilfsangebote für die Kreisverbände beschlossen. Regionale Unterstützungsgruppen, bestehend aus Landesvorstandsmitgliedern, kommunalen Mandatsträger:innen und engagierten Genoss:innen vor Ort werden in allen vier Regierungsbezirken vor und während des Kommunalwahlkampfes tätig sein. Das Ziel ist es, kleineren und neuen Kommunalwahantritten beratend und helfend zur Seite zu stehen. Im Frühjahr 2023 wurden die kommunalen Eckpunkte erstellt, die als Orientierungshilfe und allgemeine thematische Ausrichtung auf der Homepage veröffentlicht werden. Eine Kurzversion wird als Material während des Kommunalwahlkampfes zur Verfügung stehen, mehrsprachig und in leichter Sprache. Darüber hinaus wird es eine Reihe thematischer Flyer und Plakate geben. Zu den kommunalen Eckpunkten wurde eine Mitgliederbeteiligung durchgeführt. Diese wurde gut angenommen und bestärkte den Beschluss, zu allen Programm- und Eckpunktediskussionen eine niedrigschwellige Mitgliederbeteiligung anzubieten.

## Abstimmungsheft

Antrag des Landesvorstandes an den Landesparteitag  
DIE LINKE. Baden-Württemberg am 14./15. Oktober 2023  
über die Kommunalen Eckpunkte der Partei zur Kommunalwahl 2024

22

### 23 **0. Politik für alle in Landkreisen, Städten und Gemeinden - Menschen vor** 24 **Profite**

25

Gleichlautende Änderungsanträge von:

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**1) S. 1, Zeile 23 f.** Überschrift ändern in: „*Politik für Menschen statt für Profite. Für eine starke LINKE*“  
Begründung: Wir machen nicht Politik für alle, z.B. nicht für Kapitalist\*innen, nicht für Nazis.

AKL (Werner Ott)

**1) ÄA: Zeile 23 f.** ersetzen durch: „*Politik für Menschen statt für Profite. Für eine starke LINKE*“  
Begründung: Die Formulierung „Politik für alle“ ist genau genommen falsch und wird erst durch den Zusatz „Menschen vor Profite“ indirekt korrigiert. Von daher ist unbedingt als Überschrift eine eindeutige Aussage erforderlich, zumal viele Menschen nur Einleitung und Schluss lesen und nicht gleich zu Beginn irritiert werden sollen.

**Wurde vom LaVo übernommen.**

26

27

28

29

30

Kommunalpolitik betrifft uns alle. Direkt vor unserer Haustür werden die gesellschaftlichen Konflikte deutlich: Wenige werden immer reicher, während sich Viele für niedrige Löhne abrackern und kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlen Pflegekräfte, an den Schulen Lehrer:innen, in den Kitas Erzieher:innen, im Nahverkehr Personal usw. Die gesellschaftlichen Krisen spitzen sich immer weiter zu: Coronapandemie, Krieg in Europa,

31 Inflation und die Strom- und Gaskrise, die immer spürbarer werdenden Folgen des Klimawandels,  
32 und eine sich weiter vergrößernde Schere zwischen Arm und Reich. Wir als DIE LINKE. sind über-

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**2) S. 1, Zeile 32:** einfügen: „Die direkte oder indirekte Ursache dieser vielfältigen Krisen ist das kapitalistische System. Deshalb verbinden wir den Kampf gegen Verschlechterungen und für konkrete Verbesserungen mit der Perspektive der Überwindung dieses Systems und machen diese Verbindung in unserer täglichen Arbeit und nicht nur in Sonntagsreden deutlich.“

**Bei Einigung mit Antragstellerin,** da ähnlicher Text-Teil von AKL-Änderungsantrag ab Zeile 65 **Teil-Übernahme erledigt durch LaVo-Vorschlag: Text einfügen ab Z. 65 ab zweiten Satz bis Zeile 69 ersetzen durch:** „Unser Ziel heißt Demokratischer Sozialismus. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht von Profitlogik bestimmt werden. Wir wollen, dass diese Bereiche in öffentlicher Hand bleiben oder privatisierte Betriebe rekommunalisiert werden. Bürger:innen müssen bei allen wichtigen Entscheidung einbezogen werden. Das kapitalistische System mit seiner Profitlogik ist direkte oder indirekte Ursache der vielfältigen Krisen. Unser Ziel sind Städte und Gemeinden für Menschen statt für Profite!“

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

33 zeugt: Es braucht entschiedene Maßnahmen zur Entlastung der Mehrheit und eine grundsätzliche  
34 Veränderung für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft.  
35 Das Scheitern der Ampelkoalition, besonders der Grünen, beim Thema Klimaschutz und der Auf-  
36 schwung der AfD, zeigen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Klar ist: eine ökologi-  
37 sche Wende muss mit sozialer Sicherheit einhergehen. Allein dadurch kann die notwendige breite  
38 Akzeptanz in der Bevölkerung für einen weitreichenden Klimaschutz erreicht werden.  
39 Große Teile der Bevölkerung - bis weit in die Mittelschicht - erleben durch systematische Verar-  
40 mung einen umfassenden Angriff auf ihre Lebensqualität. Die Absenkung der Reallöhne, Zwangs-  
41 arbeit für Bürgergeld-Bezieher:innen nach sechs Monaten, Angriff auf die Renten (Eintrittsalter, 10  
42 Mrd. Rentengeld an die Börse), Blockaden bei Kindergrundsicherung und armutssicherem Min-  
43 destlohn, Steuerentlastung für Superreiche, steigende Energiekosten, Inflation und zugleich einer  
44 Verschlechterung der Qualität von Wasser und Böden (Aufkauf von Ressourcen durch Investoren;  
45 Verbrennung von Giftmüll, Pestizide in Böden) verunsichern die Menschen.  
46 Zudem kommen auf die Kommunen neue beziehungsweise bisher vernachlässigte Aufgaben hinzu  
47 durch Sturzfluten, Dürren und Hitzewellen. Nicht zufällig macht der aktuelle Bericht des Club of  
48 Rome „Eine Erde für alle“ (2022) die globale Bekämpfung der Armut in den ersten zwei seiner fünf  
49 „Kehrtwenden“ zur Bedingung einer globalen Sicherung unserer Lebensbedingungen. Die Siche-  
50 rung der Lebensqualität mit der Daseinsvorsorge und der Natur (Wasser, Böden, Luft, Wälder) be-  
51 ginnt in den Kommunen.  
52 Linke Kommunalpolitik heißt deswegen einzutreten für soziale Interessen in der Gemeinde und im  
53 Landkreis, für nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle. Unser Ziel ist eine soli-  
54 darische Gestaltung des Gemeinwesens. Die meisten Menschen, die sich gemeinnützig und sozial  
55 engagieren, tun dies auf kommunaler Ebene. Sie tun dies im Sportverein, bei der Flüchtlingsarbeit,  
56 antifaschistischen und Friedensgruppen oder in den Sozial- und Umweltverbänden. Hier findet das  
57 öffentliche Leben statt.  
58 DIE LINKE verbindet die Arbeit in Kommunalparlamenten mit Engagement in außerparlamentari-  
59 schen Initiativen und Bewegungen. Wir wollen keine Stellvertreter:innenpolitik im Parlament ma-

60 chen, sondern gemeinsam vor Ort etwas bewegen. Linke Kommunalpolitik heißt daher, den Inte-  
61 ressen benachteiligter Gesellschaftsgruppen Gehör zu verschaffen, demokratische Teilhabe für  
62 alle einzufordern und gemeinsam eine nachhaltige sozial-ökologische Entwicklung in allen Gesell-  
63 schaftsbereichen zu erkämpfen. DIE LINKE leistet Widerstand gegen das vermeintlich alternativ-  
64 lose „Weiter so!“  
65 Unser Ziel heißt Demokratischer Sozialismus. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentra-

Gleichlautende Änderungsanträge: AKL (Werne Ott) und OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**3) ÄA: Zeile 65:** Ab zweiten Satz bis Zeile 69 ersetzen durch:

*„Die direkte oder indirekte Ursache dieser vielfältigen Krisen ist das kapitalistische System. Wir wollen dieses Profitsystem abschaffen. Banken und Konzerne müssen dafür in Gemeineigentum überführt und im Interesse der Mehrheit der Menschen und der Natur demokratisch verwaltet werden. Noch nicht privatisierte Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Verkehrs- und Energiebetriebe, kommunale Wohnungsgesellschaften und Wasserbetriebe müssen öffentlich bleiben und privatisierte Betriebe rekommunalisiert werden. Städtische Betriebe müssen Eigenbetriebe sein mit demokratisch gewählten Führungsorganen aus Vertretern von Belegschaft, Gewerkschaft und direkt gewählten Vertretern der Kommune. Diese gewählten Vertreter in Führungs- und Verwaltungsorganen dürfen keine privilegierte Stellung haben und müssen jederzeit abwählbar sein. Die Verwaltungsräte müssen öffentlich tagen.“*

Begründung: Es geht wieder um Verdeutlichung, Klarheit am Ende der Einleitung/Präambel: der Demokratische Sozialismus (Sozialismus ist ja von vornherein demokratisch!) wird sich ja mit seinen wünschenswerten Auswirkungen in den Bereichen der Daseinsfürsorge nicht einfach so ergeben und muss durch die grundlegende Veränderung der Verhältnisse erkämpft werden.

**Wenn beim letzter Antrag Einigung mit Antragstellerin, dann erledigt.**

Bei NICHT-Einigung:

**Teil-Übernahme durch LaVo mit folendem Vorschlag:**

*Z. 65: Ab zweiten Satz bis Zeile 69 ersetzen durch: „Unser Ziel heißt Demokratischer Sozialismus. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht von Profitlogik bestimmt werden. Wir wollen, dass diese Bereiche in öffentlicher Hand bleiben oder privatisierte Betriebe rekommunalisiert werden. Bürger:innen müssen bei allen wichtigen Entscheidung einbezogen werden. Das kapitalistische System mit seiner Profitlogik ist direkte oder indirekte Ursache der vielfältigen Krisen. Unser Ziel sind Städte und Gemeinden für Menschen statt für Profite!“*

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

66 len Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr  
67 nicht von Profitlogik bestimmt werden. Wir wollen, dass diese Bereiche in öffentlicher Hand blei-  
68 ben oder wieder in diese zurückgeholt werden. Bürger:innen müssen bei allen wichtigen Entschei-  
69 dung einbezogen werden. Unser Ziel sind Städte und Gemeinden für alle!  
70

## 71 **1. Mieten Runter!**

72 Die Hälfte der bundesweit 30 teuersten Städte beim Wohnen liegt in Baden-Württemberg. Die  
73 Schmerzgrenze ist längst überschritten, dennoch steigen die Mieten weiter an. Gleichzeitig schie-  
74 ßen die Preise für Lebensmittel und Energie durch die Decke, während jede Lohnerhöhung hart  
75 erkämpft werden muss.  
76

77 Alle Parteien reden von bezahlbarem Wohnraum, doch es passiert wenig. Für DIE LINKE ist klar:

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**4) Zeile 77: ersten Satz ändern in:** *”Alle Parteien reden von bezahlbarem Wohnraum und sorgen mit ihrer Politik dafür, dass es immer weniger für Gering- und NormalverdienerInnen bezahlbaren Wohnraum gib.“*

**Teil-Übernahme Vorschlag des LaVo: Erster Satz bleibt, Ergänzung:**

*”Stattdessen sorgt die aktuelle Politik dafür, dass nicht ausreichend bezahlbarer Wohnraum für alle die ihn brauchen zur Verfügung steht.“*

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

78 die Mieten müssen wieder sinken! Wohnen darf nicht den Konzernen überlassen werden, deren  
79 Hauptinteresse ist, für ihre Aktionär:innen die höchstmögliche Rendite rauszuholen. Insbesondere  
80 in den größeren Städten, aber nicht nur da, wird die Miete dadurch kaum noch bezahlbar für Men-  
81 schen mit kleinen und mittleren Einkommen. In zahlreichen baden-württembergischen Städten  
82 zahlen Pflegekräfte, Busfahrer:innen oder Verkäufer:innen bis zur Hälfte des Einkommens allein  
83 für die Miete. Die Landesregierung hat diese Entwicklung durch den Verkauf öffentlicher Woh-

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**5) Zeile 83: ab zweiten Satz ändern** *”Die frühere rot-grüne Landesregierung hat 2012, 21.500 Wohnungen der LBBW den Immobilienhaien ausgeliefert. Heute gehören diese Wohnungen dem größten Immobilienkonzern Deutschlands VONOVIA. Diese Wohnungen müssen durch entschädigungslose Enteignung zurück in öffentlichen Hand. Entsprechend dem Berliner Volksbegehren fordern wir die Überführung aller Immobilienkonzerne mit Wohnungsbeständen über 3.000 Wohnungen in kommunales Eigentum und ihre demokratische Verwaltung durch gewählte VertreterInnen von Mietern, Beschäftigten und der Kommune.*

**Teil-Übernahme, Vorschlag des LaVo:**

Anstatt: *”Diese Wohnungen müssen durch entschädigungslose Enteignung zurück in öffentlichen Hand“*  
folgender Satz: *”Diese Wohnungen müssen zurück in öffentliche Hand.“*

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

84 nungsbestände an Vonovia befeuert. In der Folge sind die Mieten massiv angestiegen. Diese Woh-  
85 nungen müssen zurück in die öffentliche Hand.

Der Parteitag möge beschließen:

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**6) Nach Zeile 85 einfügen:** *”Die Spekulation mit Immobilien hat zu einem hohen Leerstand geführt. Anstatt Geflüchtete und Wohnungslose in Behelfsunterkünften unterzubringen muss dieser Leerstand sofort durch Beschlagnahme genutzt werden. Die Wirtschaftssanktionen und das Energieembargo gegen Russland haben dazu geführt, dass die Energiepreise explodiert sind. Diese politisch herbeigeführte Energiekrise wurde von den Energiekonzernen genutzt um die Preise weit stärker zu erhöhen als die Beschaffungskosten. Energiekonzerne wie die EnBW haben auf Kosten der privaten Verbraucher ihre Gewinne extrem erhöht. Die Linke lehnt Wirtschaftssanktionen, die die Bevölker- ↴*

ung treffen ab. Dazu gehört auch, dass wir Preiserhöhungen, die über Nebenkosten auf die MieterInnen und Wohnungseigentümer abgewälzt werden, bekämpfen. Die EnBW und alle anderen Energiekonzerne müssen in Gemeineigentum und demokratische Verwaltung für eine ökologische dezentrale Energiewende und zur Reduzierung der Energiepreise in Gemeineigentum überführt werden.

**Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

86

87

88

Als DIE LINKE Baden-Württemberg haben wir daher die Kampagne „Mieten Runter“ gestartet. Wir kämpfen gemeinsam mit den Mieter:innen und den Wohnungsinitiativen für eine soziale Woh-

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**7) Zeile 88:** Wort „Wohnungsinitiativen“ durch *„Mieterinitiativen“* ersetzen.

Zeile 93 bis 95 ersatzlos streichen.

**Teil-Übernahme, Vorschlag des LaVo:**

Zeile 93 bis 95 sollen aber bleiben.

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

89

90

91

92

nungspolitik, die Wohnen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begreift. Daher setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene für eine neue Wohngemeinnützigkeit ein, um Wohnen dem profit-orientierten Markt zu entziehen und damit wieder bezahlbar zu machen.

93

94

95

96

Parallel zu unserem Einsatz in den kommunalen Gremien werden wir einen Volksantrag auf den Weg bringen, der die Landesregierung dazu auffordert, die Wohnungsfrage endlich konsequent anzugehen.

97

98

DIE LINKE fordert:

- Mieten runter: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen Mieterhöhungen

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**8) Zeile 98 und 99 ersetzen durch:** *„Kommunale Wohnungsgesellschaften dürfen die Mieten nicht weiter erhöhen sondern müssen sie absenken. Mit kommunalen Wohnungsgesellschaften dürfen keine Gewinne gemacht werden.“*

**Teil-Übernahme, Vorschlag des LaVo:**

**Satz streichen:** *„Kommunale Wohnungsgesellschaften dürfen die Mieten nicht weiter erhöhen sondern müssen sie absenken.“* **Satz bleibt:** *„Mit kommunalen Wohnungsgesellschaften dürfen keine Gewinne gemacht werden.“*

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

- 99           abbremsen, verhindern und die Mieten endlich absenken!  
100       - Keine Profite mit der Miete: stattdessen den sozialen, barrierefreien und kommunalen  
101       Wohnungsbau deutlich ausweiten.  
102       - Vorrang für Soziales: mindestens 50% Sozialquote bei allen neuen Wohnbauprojekten.  
103       Sozialwohnungen dürfen nicht nach wenigen Jahren wieder aus der Bindung fallen.

Der Parteitag möge beschließen:

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**9) Zeile 102 ersetzen durch:** *”Kein Verkauf von kommunalen Grundstücken. Keine Ausweisung von Bauland ohne vorherigen Kauf der Grundstücke durch die Kommunen. Die Kommunen müssen selber auf eigenen Grundstücken nach dem Modell des Wiener Gemeindebaus preisgünstige Wohnungen bauen. Dafür muss es kommunale Wohnungsgesellschaften als kommunale Eigenbetriebe geben bzw. aufgebaut werden.“*

**Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

- 104           Wohnen in die öffentliche Hand: wir wollen kommunale Vorkaufsrechte stärken und  
105           kommunale Wohnungsbestände ausweiten, z.B. durch Entwicklungssatzungen.  
106       - In allen Landkreisen beziehungsweise Städten muss es kommunale  
107           Wohnungsbaugesellschaften geben.  
108       - Kein Ausverkauf von Grund und Boden: Flächen nur noch in Erbpacht vergeben. Das Land  
109           muss die Kommunen beim Flächenerwerb unterstützen.

Der Parteitag möge beschließen:

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**10) Zeilen 104 bis 109 streichen.**

**Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**11) Nach Zeile 109 einfügen:** *”Der Abriss von Gebäuden mit erhaltenswerter Bausubstanz für teure Neubauten muss gestoppt werden. Es muss im Bestand gebaut werden. Leerstand muss konsequent verfolgt werden. Spekulativer Leerstand von Wohnungen und Gewerberäumen muss entschädigungslos enteignet werden. Für baureife Grundstücke mit Baugenehmigung muss ein Baugebot notfalls durch Enteignung durchgesetzt werden.“*

**Teil-Übernahme, Vorschlag des LaVo:**

**Satz streichen:** *”Leerstand muss konsequent verfolgt werden. Spekulativer Leerstand von Wohnungen und Gewerberäumen muss entschädigungslos enteignet werden. Für baureife Grundstücke mit Baugenehmigung muss ein Baugebot notfalls durch Enteignung durchgesetzt werden.“*

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

- 110 - Wohnprojekte unterstützen: Das Land muss die Mittel der Landeswohnraumförderung  
111 aufstocken und die Fördersatzte so erhöhen, dass gemeinwohlorientierte Wohnprojekte  
112 damit arbeiten können. Genossenschaften und gemeinwohlorientierte  
113 Wohnungsinitiativen wie das Mietshäuser Syndikat wollen wir kommunal fördern.  
114 - Die Landesbauordnung wollen wir nachschärfen für mehr barrierefreie Wohnungen und  
115 klimagerechtes Bauen.  
116 - Spekulation auf Wohnraum und gewerbliche Vermietungen als Ferienwohnungen wollen  
117 wir unterbinden. Dafür fordern wir eine konsequente Umsetzung des  
118 Zweckentfremdungsverbots.  
119 - Ein Leerstandsregister in den Kommunen einführen.  
120 - Die Grundsteuer für baureife, aber unbebaute Grundstücke wollen wir deutlich erhöhen  
121 gegenüber der Grundsteuer für bebaute Grundstücke.

Der Parteitag möge beschließen:

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**12) Zeilen 116 bis 121 streichen.**

**Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

- 122 - "Fachstellen Wohnungssicherung" müssen in jeder Kommune installiert werden, um  
123 Wohnungsverluste zu vermeiden. Wir wollen „housing first“-Projekte als weiteren  
124 Baustein der Wohnungslosenhilfe unterstützen.  
125 - städtische Wohnbaugesellschaften sollen Wohnkontingente bereitstellen für Menschen, die  
126 auf dem Wohnungsmarkt besonders benachteiligt werden.  
127 - Stärkung von ökologischen Bauweisen/-stoffen durch Holz oder Lehm anstelle von Beton/  
128 Zement und Verpflichtung von Recycling (Beton ist zusammen mit Stahl für mehr als 13  
129 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen verantwortlich).  
130 - Ausweitung des barrierefreien und altersgerechten Wohnungsbaus sowie  
131 Mehrgenerationenhäuser.  
132  
133

## 134 **2. Vorfahrt für Soziales und gute Arbeit**

135 In Zeiten steigender Preise und horrender Mieten wird es bei Vielen am Monatsende knapp. Die  
136 Corona-Pandemie hat bestehende Ungleichheiten weiter verschärft, nun kommen enorme Preis-  
137 steigerungen hinzu. Lebensmittel und Energie wird immer mehr zum Luxus. In der Folge nimmt  
138 Armut und besonders auch Kinderarmut zu. In Baden-Württemberg waren im Jahr 2021 etwa  
139 400.000 aller Kinder unter 18 Jahren von Armut betroffen oder bedroht.  
140 Die von der Bundesregierung aufgesetzten Entlastungspakete reichen bei Weitem nicht aus und  
141 entlasten mitunter sogar die Falschen. Auf echte Entlastung vom Land warten wir noch immer. Die  
142 Städte und Gemeinden sind daher besonders gefragt, denn die öffentliche Daseinsvorsorge findet  
143 hier statt. Es wird endlich Zeit, dass das Land die Kommunen hierfür ausreichend finanziert.  
144 Als im Zuge der Corona-Pandemie freiwillige Leistungen der Kommunen gestrichen werden soll-  
145 ten, haben sich unsere Mandatsträger:innen vor Ort dagegen eingesetzt. Wir haben Sozialtickets  
146 und mehr sozialen und barrierefreien Wohnungsbau erkämpft. In Zeiten zunehmender sozialer  
147 Spaltung brauchen wir mehr soziale Angebote, nicht weniger!  
148 Wir wollen eine sozial gerechte Gesellschaft, die allen Menschen Teilhabe und Mitbestimmung er-  
149 möglicht.  
150

151 DIE LINKE fordert:

- 152 - Gebührenfreie Kitas, kostenfreie und gesunde Mittagessen an allen Kitas und Schulen
- 153 sowie freie Schüler:innentickets, auch für Azubis und Meisterschüler:innen.
- 154 - Mehr sozialer, kommunaler und barrierefreier Wohnungsbau.
- 155 - Keine Zwangsumzüge und auch keine Strom-, Wasser- und Gassperren. Es darf nicht sein,
- 156 dass Menschen umziehen oder in einer kalten Wohnung sitzen müssen, weil sie zu wenig
- 157 Geld haben.
- 158 - Wir haben bereits in vielen Kommunen die Einrichtung von Nothilfefonds erreicht und
- 159 wollen, dass diese in allen Kommunen eingerichtet werden.
- 160 - Sozialtickets für Menschen und Familien mit geringem Einkommen.
- 161 - Soziale Hilfs- und Beratungsstrukturen ausbauen und Beschäftigte fair bezahlen. Die
- 162 sozialen Angebote in den Städten und Gemeinden dürfen nicht unter
- 163 Finanzierungsvorbehalt stehen.
- 164 - Mehr öffentlich geförderte und fair entlohnte Beschäftigung für Erwerbslose. Dabei ist es
- 165 nicht nur, aber besonders für Alleinerziehende wichtig, dass die Arbeit mit der
- 166 Kinderbetreuung vereinbar ist.
- 167 - Freier Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Schwimmbädern, Sportangeboten und
- 168 Museen. Öffentliche Dienstleistungen müssen stärker an gesellschaftliche Bedürfnisse und
- 169 neue technologische Möglichkeiten angepasst werden.
- 170 - Als Zwischenschritt zum freien Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen muss ein
- 171 Sozialpass in allen Kommunen eingeführt werden, der Familien und Menschen mit wenig
- 172 Einkommen weitreichende Vergünstigungen bietet.
- 173 - Kulturförderung stärker an sozialen und inklusiven Aspekten ausrichten.

174

175 **Öffentliche Daseinsvorsorge stärken**

176 Kosten und Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen wollen wir so verändern, dass sie für alle  
177 Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen oder anderen finanziellen Möglichkeiten zugänglich  
178 sind. Dazu gehören Energie und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserversorgung, Wohnungs-  
179 wirtschaft, Öffentlicher Verkehr (ÖPNV), Erziehung, Bildung, Kultur, Sport und Erholung ebenso  
180 wie Gesundheit und Telekommunikation.

181 Die Versorgungssicherheit hat hier immer Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen oder gar Ge-  
182 winnerwartungen. Wir wollen diese Bereiche perspektivisch und dauerhaft der Markt- und Profit-  
183 logik entziehen. Dieser stellen wir das Gemeinwohlinteresse entgegen und rücken es in den Mit-  
184 telpunkt der kommunalpolitischen Aufgaben.

185

186 **Kommune als Vorreiterin für gute Arbeit**

187 Kommunale Arbeitgeber tragen Verantwortung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplät-  
188 zen sowie die Gestaltung für deren Einkommen und Löhnen. Sie müssen einen großen Beitrag leis-  
189 ten, um prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zurückzudrängen. Die Kommunen (Städte) und  
190 deren Eigenbetriebe haben die geltenden Branchentarifverträge einzuhalten.

191

192 Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie geringfügige Beschäftigung lehnen wir  
193 grundsätzlich ab. Ist dies nicht in allen Fällen möglich, gelten die oben genannten Vorgaben. Der  
194 öffentliche Beschäftigungssektor muss deutlich ausgebaut werden. Die Kommunen haben sicher-  
195 zustellen, dass die einzuhaltenden Kriterien regelmäßig überprüft werden - auch bei den Eigenbe-  
196 trieben und kommunalen Beteiligungsgesellschaften. Wenn eine Kommune Aufträge an soziale  
197 Betriebe und Träger vergibt, müssen sie ihre Beschäftigte nach Tarifvertrag bezahlen.

198

199 Wir fordern die Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Wasser, Strom, Gas, medizini-  
200 sche Versorgung, Krankenhäuser und ÖPNV- all dies darf nicht weiter privatisiert werden.  
201 (Re-)Kommunalisiert können diese Leistungen von Kommunen und Landkreisen selbst erbracht  
202 werden. Es geht besser ohne Gewinnabsicht und Profitmaximierung.

203 Wir fordern existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeits-  
204 plätze für alle. Der Mindestlohn für Beschäftigte bei den Kommunen und Landkreisen muss min-  
205 destens 15,- € betragen.

206

## 207 **Der Öffentliche Dienst als Pionier für attraktive Arbeitsbedingungen**

208 Als LINKE setzen wir uns für gute Arbeit ein, die zum Leben passt. Der Öffentliche Dienst soll dabei  
209 durch die Einführung einer 30-Stunden bzw. 4-Tage-Woche bei vollem Lohn- und Personalaus-  
210 gleich mit gutem Beispiel vorangehen. Wie Feldversuche in Island und Großbritannien zeigen,  
211 kann dadurch Personalmangel effektiv bekämpft werden, da die Attraktivität für neue Beschäf-  
212 tigte steigt und die Mitarbeiter:innenbindung gestärkt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass ent-

Der Parteitag möge beschließen:

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**13) Zeile 210 ab zweiten Satz bis Mitte 212 ersatzlos streichen.**

**Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

213 sprechende Arbeitszeitmodelle auf kommunaler Ebene zusammen mit den Beschäftigten und ih-  
214 ren betrieblichen Interessenvertretungen entwickelt werden. Als einen weiteren Schritt fordern  
215 wir, wo dies möglich ist, entsprechende Experimente auf kommunaler Ebene. Hierzu ist eine enge  
216 Kooperation mit den Personalrats- und Betriebsratsgremien sowie den Gewerkschaften notwen-  
217 dig. Sachgrundlose Befristungen darf es bei Beschäftigungsverhältnissen in Öffentlicher Hand nicht  
218 geben.

219

220 Fachkräftemangel ist auch im Bereich der kommunalen Beschäftigung zu spüren. Dies geht auf  
221 Dauer zu Lasten der Qualität der Öffentlichen Daseinsvorsorge und führt bei den Beschäftigten zu-  
222 nehmend zu einer wachsenden Arbeitsbelastung. Um hier gegenzusteuern fordern wir eine vo-  
223 rausschauende Personalplanung und Personalentwicklung.

224

225 Ausbildungsplätze müssen auf allen kommunalen Ebenen (auch den kommunalen Eigenbetrieben  
226 und Beteiligungsgesellschaften) über den Eigenbedarf hinaus angeboten werden. Insbesondere für  
227 Jugendliche, die auf dem sogenannten ersten Ausbildungsmarkt (Arbeitsmarkt) Probleme haben  
228 einen Ausbildungsplatz zu finden. Damit übernimmt die Öffentliche Hand, auch unter dem Blick-  
229 winkel der Inklusion, die gebotene gesellschaftliche Verantwortung.

230

231 DIE LINKE fordert:

- 232 - Keine Beschäftigung außerhalb eines Tarifvertrages.
- 233 - Dort wo keine Tarifbindung besteht, muss diese hergestellt werden.
- 234 - Kommunale Arbeitgeber müssen das Angebot für gute und sozial abgesicherte  
235 Arbeitsplätze erhalten und ausbauen. Kommunale Arbeitgeber gehören alle in den  
236 Arbeitgeberverband (VKA/KAV) des Öffentlichen Dienstes.

Gleichlautend: AKL-Änderungsanträge (Werne Ott) und OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**14) Zeile 236 einfügen:** "Wir fordern einen Mindestlohn von 15 Euro und verlangen, dass dies bei den kommunalen Beschäftigten sofort umgesetzt wird. Tarifforderungen der Gewerkschaften, die die Kommunen betreffen müssen ohne Abstriche erfüllt werden."

Prinzipiel **Übernahme durch LaVo** Prüfung bezüglich Mindestlohnhöhe ausstehend.

- 237 - Keine Auftragsvergabe ohne Tarifvertrag.  
238 - Bei Auftragsvergabe sollen nur Firmen berücksichtigt werden, die ihrerseits Tarifverträge  
239 einer DGB-Gewerkschaft anwenden und dies auch von Subunternehmen und Zuliefer:innen  
240 fordern (Vorlage bei Vertragsabschluss und Stichproben).  
241 - Keine weitere Privatisierung bei Wasser, Strom, Gas, medizinische Versorgung,  
242 Krankenhäuser und ÖPNV - sondern Rekommunalisierung.

### 243 244 **3. Lebenswerte Kommunen - ökologisch und sozial**

245 Wie sehen die Städte der Zukunft aus, wie wollen wir leben und arbeiten? Dies sind die zentralen  
246 Fragen der Stadtentwicklung. Stadtpolitik muss die bereits erfolgten Klimaänderungen berücksich-  
247 tigen und dazu beitragen, den Klimawandel zu begrenzen. Die Temperaturzunahmen erfordern  
248 eine bessere Durchlüftung der Städte. Fassaden- und Dachbegrünungen, aber auch innerörtliche  
249 Grünflächen, Naherholungsgebiete, mehr Bäume, wo immer möglich, insbesondere bei Rückbau  
250 von Fahrspuren als Entsiegelungsmaßnahme. Öffentliche Trinkwasserbrunnen helfen beim Um-  
251 gang mit sommerlicher Hitze – für Menschen und Tiere und ganz besonders für diejenigen, die kei-  
252 nen festen Wohnsitz haben. Wasser kann grundsätzlich dabei helfen Kommunen klimaresilient zu  
253 machen, etwa durch die Renaturierung und Offenlegung von Gewässern innerhalb von Siedlungs-  
254 gebieten. Als LINKE setzen wir uns für klimagerechte Mobilitätswende ein.

Gleichlautend: AKL-Änderungsanträge (Werne Ott) und OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**15) Nach Zeile 254 einfügen:** *"Jeden Tag werden in Baden Württemberg fünf bis sechs Hektar Wiesen, Wälder und Felder zugepflastert, dabei hat sich die Landesregierung im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet den Flächenverbrauch kurzfristig auf 2,5 Hektar pro Tag zu reduzieren. Wie kämpfen in den Kommunen gegen Flächenfraß und Versiegelung von immer mehr Landschaft. Wir unterstützen den vom NABU und anderen Verbänden initiierten Volksantrag „Ländle leben lassen“ mit der Forderung nach maximaler Flächenverbrauch von 2,5 Hektar pro Tag und Netto-Null bis 2035.“*

**Teil-Übernahme, Vorschlag des LaVo:**

**Streichen:** "und Netto-Null bis 2035." **Ersetzen:** "Wir setzen uns für einen bilanzierten Netto-Null-Flächenverbrauch ein."

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

255 Kommunale Politik muss sich an die internationalen Abkommen zur nachhaltigen Entwicklung aus-  
256 richten – auch aus globaler Solidarität. Dabei orientieren wir uns unter anderem an dem Weltna-  
257 turabkommen von Montreal 2022 (30% Gebietsfläche als Schutzgebiet ausweisen), den SDG17<sup>ii</sup> für  
258 2030 und der Rio-Erklärung.1992. Nachhaltige und soziale Stadtentwicklung verbindet qualifizier-  
259 ten Städtebau mit urbaner Dichte und der Schaffung innerörtlicher Parks, Grünflächen, zugängli-  
260 cher Bach- und Flussufer, Ruhe- und Erholungsräumen. Stadtentwicklung muss sich in erster Linie  
261 an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren. Wir wollen die Privatisierung und Kom-  
262 merzialisierung öffentlicher Räume zurückdrängen. Dazu müssen Städte und Gemeinden wieder  
263 mehr Grundstücke in Kommunales Eigentum zurückholen. Für den Zugriff auf Grundstücke sind  
264 entsprechende Vorkaufsrechte in den kommunalen Satzungen zu verankern und Entwicklungssat-  
265 zungen zu erlassen. Stadtentwicklung darf nicht privaten Investor:innen überlassen werden, son-  
266 dern muss demokratisch mit den Bewohner:innen gestaltet werden - dafür steht DIE LINKE.

267  
268 Klimagerechtigkeit und soziale Sicherheit sind die Herausforderungen unserer Zeit. Die bisherige  
269 Politik hat hier versagt. Wenn wir jetzt nicht umfassende Veränderungen anstoßen, wird unsere

270 Erde unbewohnbar werden. Wir wissen, dass der Klimawandel uns alle betrifft und der sozial-öko-  
271 logische Umbau uns alle braucht. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimaerwärmung und zum  
272 Erreichen der Klimaneutralität müssen in Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Das darf  
273 nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, die ohnehin wenig Geld zur Verfügung ha-  
274 ben.

275  
276 Bei Fridays-for-Future-Demonstrationen gehen bundesweit Millionen Menschen auf die Straße.  
277 Wir bringen ihre Forderungen in die kommunalen Parlamente. Wir unterstützen die Forderung,  
278 Städte und Gemeinden bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu machen.

KV Stuttgart (Johanna Tiarks)

**16) Nach Zeile 278 einfügen:** *"Nachdem die Proteste von Fridays for Future bagatellisiert wurden, wird nun die Letzte Generation von Regierenden kriminalisiert und sogar in Vorbeugehaft genommen. Dafür gibt es keine Rechtsgrundlage und es wird dem gewaltfreien Vorgehen der Gruppe nicht gerecht. Diese Kriminalisierung lehnen wir ab. Es handelt sich hierbei um eine Umkehrung der Verhältnisse – nicht die, die für Klimaschutz demonstrieren sollen kriminalisiert werden, sondern die, die Klimaschutz verhindern, müssen zur Verantwortung gezogen werden."*

**Übernahme LaVo**

279 Wir kämpfen für Klimagerechtigkeit und einen Systemwandel („System Change, not Climate  
280 Change“) vor Ort durch den Umstieg auf nachhaltige Mobilität, durch Sanierungen und klimaneut-  
281 ralem Bau von Gebäuden, durch den Erhalt und Ausbau der bestehenden Grün- und Landschafts-  
282 räume, durch Begrünung von versiegelten Flächen, von Fassaden und Plätzen. Dazu müssen alle  
283 bisherigen und zukünftigen Beschlüsse in Städten und Gemeinden unter Klimavorbehalt gestellt  
284 werden.

285

286 DIE LINKE fordert:

287 - Aktive Bodenvorrats- und Liegenschaftspolitik aller Kommunen - Grundstücke und

Ökologische Plattform Baden-Württemberg (Matthias Böhringer)

**17) Stärkere Hervorhebung Stopp des Flächenverbrauchs, dabei Orientierung an SDG17**

**Nach Zeile 284, vor DIE LINKE fordert, neuer Absatz:**

*"Die anhaltende Umnutzung von Wiesen, Feldern und Wäldern für Gewerbe, Baugebiete und Straßen ist eines der größten Umweltprobleme in Baden-Württemberg. Ressourcen, Lebensräume und Naherholung gehen verloren. Die Vernichtung der Böden wie auch der Betoneinsatz sind klimaschädlich. Wir unterstützen das Ziel einer bodendegenerationsneutralen Welt, welches im Ziel „Leben an Land“ der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN festgeschrieben ist. Deutschland hat sich völkerrechtlich verpflichtet, diese Ziele bis 2030 umzusetzen. Daraus fordern wir eine Netto-Null beim Flächenverbrauch in 2030. Dabei gilt auch bei der Innenentwicklung die Achtung grüner Oasen wie Kleingärten, Hausgärten und Innenhöfe. Bauwahn ist keine Lösung zur Wahrung von Wohlstand und Behebung Wohnungsmangel. Architects for Future, Regionalplaner und Vertreter der pluralen Ökonomie bieten Konzepte zur sozial-ökologischen Siedlungsentwicklung."*

(Entsprechend ist der Spiegelstrich Zeile 299 zu ändern auf das Zieljahr 2030)

Begründung: In der Version vom 6. Juni 2023 war zum Flächenverbrauch noch ein ganzer Absatz enthalten. Dies wird der Bedeutung des Problems in Baden-Württemberg gerecht, das ausgerechnet unter einem grünen Ministerpräsidenten eher noch mit Wachstums- und Ansiedlungsstrategien forciert wird. Wir LINKE müssen nicht die Ziele der grün-schwarzen Koalition (Netto-Null Flächenverbrauch erst 2035) als Maßstab nehmen. Unser Maßstab sind die internationalen Vereinbarungen, denen sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat. Dass Deutschland trotz der Festreden im September zur 50-jährigen Mitgliedschaft in den UN die Ziele der UN hintertreibt ist ein Skandal und gibt Anreize an andere Länder diesem schlechten Beispiel zu folgen.

**Teil-Übernahme, Vorschlag des LaVo: SDGs werden in die Einleitung wie folgt eingearbeitet:**

SDGs in die Einleitung in Z. 53, nach dem ersten Satz: „Diese drei Dimensionen entsprechen den 17 ↴

*UN-Nachhaltigkeitszielen – den Sustainable Development Goals (SDGs). Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich dazu verpflichtet diese bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Das Handeln der Bundes- und Landesregierung steuert allerdings in die entgegengesetzte Richtung.“*

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

KV Stuttgart (Johanna Tiarks)

**18) Nach Zeile 287** (DIE LINKE fordert) **als Punkt aufnehmen:**

*” - Wir lehnen eine Kriminalisierung der Letzten Generation ab.“*

**Übernahme LaVo**

- 288 - Immobilien in kommunale Hand.
- 289 - Klimaneutrale Kommunen bis 2035.
- 290 - Klimaschutzmanager:innen in allen Kommunen
- 291 - Fassaden und Dachbegrünungen finanziell fördern.
- 292 - Innerörtliche Grünflächen und Naherholungsgebiete auf- und ausbauen.
- 293 - Kein Einsatz von Glyphosat und Bienen- und Insektenfördernde Bepflanzung.
- 294 - Kommunale Waldbestände als wichtige Kohlestoffspeicher schützen.
- 295 - Gemeinwohlorientierte Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen.
- 296 - Stadtentwicklung der kurzen Wege, für Menschen und Natur.
- 297 - Kein Abriss von Bestandsgebäuden - Sanierung vor Neubau.
- 298 - Klimagerechter Bau von Gebäuden.
- 299 - Flächenverbrauch reduzieren und bis 2035 auf bilanzierte Netto-Null.
- 300 - Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dächern und Flächen.

Der Parteitag möge beschließen:

Antragstellerin: OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**19) Zeile 300 ändern in:** *”Fotovoltaik und Solarthermie auf versiegelten Flächen und nicht auf Flächen in Konkurrenz zu landwirtschaftlicher oder ökologischer Nutzung von Freiflächen.“*

**Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

- 301 - Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien.
- 302 - Förderung genossenschaftlicher und lokaler Energieversorger.
- 303 - Ausbau der Nahwärmeprojekte auf ökologischer Basis.
- 304 - Echte Mobilitätswende landesweit.
- 305

**Die Chancen des ländlichen Raums nutzen**

307 Der ländliche Raum, der in Baden-Württemberg vom Einzugsbereich der großen Städte und Met-

308 ropolen bis in landwirtschaftlich geprägte Gebiete reicht, ist vielfältig. Diese Vielfalt braucht ökolo-  
309 gische und soziale Lösungsansätze für die Stärkung der Kommunen und Dörfer des Flächenlands  
310 Baden-Württemberg. Im ländlichen Raum werden Krankenhäuser sukzessiv geschlossen, stillge-  
311 legte Bahnstrecken nicht reaktiviert und das alltägliche Einkaufen wird in Einkaufszentren außer-  
312 halb der Innenstädte oder fernab der Dörfer verlegt. Bildungseinrichtungen sind für viele Kinder  
313 und Jugendliche nur noch mit dem ÖPNV zu erreichen. In den Schulferien und an Wochenenden  
314 wird dieser häufig noch weiter ausgedünnt. Die gesundheitliche Versorgung gerät in Schieflage, da  
315 es an medizinischen Fachkräften auf dem Land fehlt. Die Schließung von Dorfkneipen, Gaststätten  
316 und Einrichtungen des Einzelhandels haben sich seit der Pandemie beschleunigt.  
317 Die jeweiligen Bedürfnisse müssen mit den Menschen vor Ort erörtert werden, um gemeinsame  
318 Lösungswege mit den Kommunen zu erarbeiten. So haben ökologisch sinnvolle Projekte, wie ener-  
319 gieunabhängige Gemeinden, kommunale Energieversorger, Grundversorgung und eine echte Mo-  
320 bilitätswende auf dem Land Erfolg. Wir fordern sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und landes-  
321 weit finanzierte Konzepte für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg.  
322 Eine ökologische Wende schließt die Stärkung einer nachhaltigen Landwirtschaft mit ein. Dazu  
323 können Kommunen ihren Beitrag leisten. Die Verpachtung öffentlichen Lands soll nach Gemein-  
324 wohlkriterien erfolgen mit denen ökologischer Landbau, Artenvielfalt, Tierwohl und gute Arbeit in  
325 der Landwirtschaft gefördert werden. Die Kommunen können dabei insbesondere Betriebe, die  
326 nach dem Prinzip der solidarischen Landwirtschaft bewirtschaftet werden, stärken.

327  
328 DIE LINKE fordert:

- 329 - Ausbau des ÖPNV mit guter Taktung und Streckenausbau auch am Wochenende. Jeder Ort  
330 soll zumindest einmal in der Stunde angefahren werden (Schweizer Modell).
- 331 - Reaktivierung von Bahnstrecken und barrierefreier Ausbau aller Bahnhöfe und  
332 Bushaltestellen.
- 333 - Konzepte zur Belebung von Innenstädten fördern.
- 334 - Gesundheitliche Versorgung in kommunale Trägerschaft und Ausbau von medizinischen  
335 Versorgungszentren.
- 336 - Ausbau von sicheren Radverkehrs- und barrierefreien Fußwegen.
- 337 - Stationäre Car Sharing Angebote in Kommunen stärken.
- 338 - Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement landesweit fördern.
- 339 - Raum für Kultur und Handwerk schaffen.
- 340 - Zuzug von Familien durch bezahlbaren Wohnraum, wohnortnahe Betreuungs- und  
341 Bildungsangebote ermöglichen.

#### 342 343 **4. Mit links unterwegs – Mobil und Digital**

344 Die Mobilitätswende ist ein entscheidender Faktor, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren und damit  
345 die notwendige Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 zu erreichen. In Zahlen ausgedrückt werden in  
346 der EU jährlich fast 900 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> durch die Verbrennung von Kraftstoffen im Stra-  
347 ßenverkehr ausgestoßen. Den allergrößten Teil verursacht hierbei der privat genutzte PKW.  
348

Gleich lautend: OV Bad Cannstatt (Ursel Beck) und AKL (Werner Ott)

**20) Zeile 348 einfügen:** *"Die Umstellung des privaten PKW-Verkehrs auf E-Autos ist greenwashing im Interesse der Autokonzerne. Wir fordern die Umstellung der Autoindustrie auf den Bau von Fahrzeugen und Technologien für den öffentlichen Personenverkehr (Schienenfahrzeuge, Busse...) und andere gesellschaftlich sinnvolle Produkte. Weil diese Umstellung den Profitinteressen der Autokonzerne entgegensteht, müssen diese in Gemeineigentum überführt und mit dem Ziel der Sicherung aller Arbeitsplätze und des Lohnniveaus der direkten demokratischen Verwaltung durch gewählte Vertreter aus Belegschaften und Gewerkschaften unterstellt werden."*

**Teil-Übernahme, Vorschlag des LaVo: In Zeile 347 nach dem letzten Satz folgendes ergänzen:**

„Dabei sind E-Autos nicht die Lösung, sondern Teil des Problems. Immer größer und schneller werdende E-Luxuskarossen und E-SUVs verhindern einer klimagerechte Mobilitätswende.“

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

349 Die hoch gesteckten Klimaziele sind nur im Gleichgewicht von ökologischen und sozialen Maßnah-  
350 men erreichbar. Arbeiter:innen am Fließband oder in der Pflege müssen sich die Klimawende auch  
351 leisten können. Es darf nicht vom Geldbeutel, vom Alter oder vom Wohnort in der Stadt oder auf  
352 dem Land abhängen, dass man gut und günstig mobil ist.

353  
354 Für eine linke, sozialökologische Mobilitätswende ist somit ein Systemwechsel in drei Bereichen  
355 notwendig: erstens in der Entwicklung unserer Städte und Gemeinden, zweitens bei der Finanzie-  
356 rung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und drittens in der Automobilwirtschaft. Städte und  
357 Gemeinden müssen in Zukunft zu Städten der kurzen Wege umgebaut werden. Alle notwendigen  
358 Dinge des Lebens sollten in wenigen Minuten erreicht werden. 5 Minuten zu Fuß, 10 Minuten mit  
359 dem Rad und 15 Minuten mit Bus oder Straßenbahn. Wohnen, arbeiten, einkaufen rücken zusam-  
360 men. Innenstädte werden zu autofreien Zonen umgebaut, lebenswert mit mehr Platz für Kinder  
361 und ältere Menschen. Fahrspuren werden für den Rad- und Busverkehr umgewidmet. Ein generel-  
362 les Tempolimit von 30 km/h innerorts reduziert Luftschadstoffe und erhöht die Sicherheit für Jung  
363 und Alt.

Der Parteitag möge beschließen:

Antragstellerin: OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**21) Zeile 363 einfügen:** "Auf Landstraßen fordern wir ein Tempolimit von 70 km/h und auf  
Autobahnen von 120 km/h."

**Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

364 Der öffentliche Nahverkehr bildet das Rückgrat einer sozial-ökologische Mobilitätswende. Das An-  
365 gebot muss massiv ausgebaut werden, vor allem in ländlichen Regionen. Sonst ist ein Umstieg vom  
366 privaten Auto hin zum ÖPNV kaum möglich

367  
368 Das alles ist machbar, insbesondere wenn Land und Kommunen eine Nahverkehrsabgabe nach  
369 französischem Vorbild einführen. Dort wird knapp die Hälfte der Kosten des ÖPNV über eine Ab-  
370 gabe finanziert, die Unternehmen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mitein-  
371 bezieht. Das ist wirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht.

Der Parteitag möge beschließen:

Antragstellerin: OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**22) Zeile 371 nach Wort "bezieht" ergänzen:** "Der nicht durch eine Nahverkehrsabgabe finanzierte Teil  
muss durch eine höhere Besteuerung der Vermögens- und Einkommensmillionäre finanziert."

**Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

372  
373  
374  
375  
376  
377  
378  
379  
380  
381  
382  
383  
384  
385  
386  
387  
388  
389  
390  
391  
392  
393  
394  
395  
396  
397  
398  
399  
400  
401  
402  
403  
404  
405

Mit einer klimagerechten Mobilitätswende können viele neue und zusätzliche industrielle Jobs entstehen. Wenn wir den Umstieg zu mehr Bus, Bahn, Fern- und Güterverkehr auf der Schiene schaffen, dann eröffnet sich ein großes wirtschaftliches Potenzial. Es braucht mehr S-Bahnen, Regional- und Fernzüge, E-Bussysteme, neue Leitsysteme, Schienen, Werkstätten, Lastenräder und E-Bikes. Es wird deutlich, dass eine Mobilitätswende, die soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen umsetzt, auch weiterhin viele Arbeitskräfte und Personal braucht.

Stuttgart 21 sabotiert die notwendige Mobilitätswende im ganzen Land, da es ein Verkehrs-Nadelöhr schafft. Die jahrelange Bauzeit führt zu erheblichen Einschränkungen im gesamten Bahnverkehr. Die Züge aus Richtung Konstanz und Singen (Gäubahn) werden über mehrere Jahre den Stuttgarter Hauptbahnhof nicht mehr direkt anfahren können. Die LINKE lehnt dieses Projekt weiterhin entschieden ab.

### **Digitalisierung vor Ort sozial gerecht gestalten!**

Die digitale Transformation der Gesellschaft durchdringt inzwischen alle Lebensbereiche und nimmt eine immer schnellere Entwicklung. Die Digitalisierung muss immer zuerst den Bürger:innen dienen und die Lebensqualität aller verbessern. Daher muss in der Kommune zunächst ein barriere- und diskriminierungsfreier Zugang für alle gewährleistet werden. Wir sehen den flächendeckenden kommunalen Ausbau des Breitbands und der digitalen Infrastruktur als eine Grundlage für eine gleichberechtigte und demokratische, digitale Gesellschaft.

### **Digitale kommunale Verwaltung**

Wir möchten die Digitalisierung nutzen, um langwierige Verwaltungsprozesse schneller zu gestalten und die Nutzungsfreundlichkeit der Verwaltungsangebote erheblich zu verbessern. Für unser Konzept einer sozial gerechten Digitalisierung, sind Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität besonders wichtig. Das bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger zu jeder Zeit die Kontrolle über ihre eigenen Daten behalten müssen und die kommunale Infrastruktur vor Hackerangriffen geschützt sein muss. Auch die Entscheidung nicht digital mit der Verwaltung zu kommunizieren oder keine Daten digital zu übermitteln, darf für Niemanden zu einem Nachteil führen.

#### DIE LINKE fordert:

- Mobilitätsgarantie in Städten, Gemeinden und Dörfer im Land umsetzen.
- Nahverkehrsabgabe/Mobilitätspass für Unternehmen zur Finanzierung des Nahverkehrs.

#### KV-Freiburg

**23) Zeile 405 Streichung:** Nahverkehrsabgabe / Mobilitätspass für ...

**Teil-Übernahme, Vorschlag des LaVo. Einigung mit Antragssteller\*in:** "Nahverkehrsabgabe für Unternehmen zur Finanzierung des Nahverkehrs. Wir wollen Modelle für einen Mobilitätspass prüfen."

#### **Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

406 Langfristig Nulltarif für Bus und Bahn. Im ersten Schritt 1 Euro am Tag für alle und Nulltarif

#### Gleichlautende Änderungsanträge: AKL- (Werne Ott) und OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**24) ÄA: Zeilen 406 - 412 ersetzen durch:** „Nulltarif im Öffentlichen Personennahverkehr. Wenn wir für unsere Forderung keine Mehrheit in Gemeinderäten und anderen Gremien bekommen, unterstützen wir natürlich auch Schritte in die Richtung unserer Forderung.“

Begründung: Die Kontroverse in der Partei führen wir schon seit Jahren, aber 1. spitzt sich die ökologische Krise immer mehr zu und wird für die Bevölkerung spürbarer. 2. gab es in zwischen drei ↴

Monate lang das 9-Euro-Ticket. Es hat gezeigt, dass unter Druck schnell auch weitgehende Veränderungen möglich sind und hat bei Millionen Menschen Begeisterung ausgelöst und wir haben keinen Grund, Forderungen aufzustellen, die demgegenüber Verschlechterungen bedeuten. 3. Bedeutet die Forderung nach einem Deutschlandticket, von dem jetzt schon diskutiert wird, den Preis von 49,- Euro anzuheben, eine Katze im Sack zu kaufen.

**Teil-Übernahme, Vorschlag des LaVo. Das Wort:** "Langfristig" aus dem Original streichen.

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

- 407 für Schülerinnen, Studierende, Rentner:innen, Azubis und für Menschen im  
408 Sozialleistungsbezug. Bis zu Einführung des Nulltarifs für alle fordern wir eine Ausweitung  
409 des Jugendtickets Baden-Württemberg auf alle Studierende, Azubis und  
410 Meisterschüler:innen ohne Altersbeschränkung.  
411 - Deutschlandticket für alle kommunalen Beschäftigten, pädagogische Fachkräfte wie  
412 Erzieher:innen und für Pflegekräfte zum Nulltarif.



#### 460 **Schule für alle!**

461 Mit der Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems werden Ungleichheiten weiter zementiert  
462 statt sie abzubauen. Deshalb strebt DIE LINKE einen Wandel zu einem solidarischen Schulsystem  
463 an, in dem alle Schüler:innen gemeinsam und voneinander lernen. Schulen müssen nachhaltig zu  
464 Orten des Lernens und Lebens mit attraktiven Ganztagsangeboten und kostenfreiem Mittagessen  
465 weiterentwickelt werden. Daher betrachten wir den Ausbau von inklusiven Gemeinschaftsschulen  
466 als unerlässlich, denn sie erlauben, dass jedes Kind gemäß seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen  
467 gefördert wird. Die Coronapandemie hat außerdem gezeigt: zu den verletzlichsten Menschen un-  
468 serer Gesellschaft gehören Kinder und Jugendliche. Damit sie mit Problemen und Konflikten nicht  
469 allein gelassen werden, ist eine flächendeckende und qualifizierte Schulsozialarbeit an allen Schu-  
470 len nötig.

KV Freiburg

**25) in Zeile 470 einfügen:** "Dabei ist auch die Bekämpfung des Lehrkräftemangels unerlässlich für den Wandel zu einem solidarischen Schulsystem, da dieser vor allem Grundschulen und die Sekundarstufe 1 betrifft."

*Begründung: Fehlende Lehrkräfte werden bisher überhaupt nicht in den Eckpunkten thematisiert.*

**Übernahme LaVo**

471 Schulbildung muss Chancengleichheit gewährleisten, Auslese verhindern und demokratische Ge-  
472 staltung ermöglichen. Deshalb wollen wir den Privatisierungsboom, den das Schulsystem nun seit  
473 geraumer Zeit durchlebt, stoppen. Mit mehr als 1.100 Privatschulen liegt Baden-Württemberg  
474 weit vor allen anderen Bundesländern. Immer größere Bildungsaufgaben wurden aus dem öffentli-  
475 chen Schulsystem ausgelagert und privatisiert. Für die Lehrkräfte hat das weitreichende Folgen, sie  
476 werden schlechter entlohnt und erleiden erhebliche Einbußen bei der Rente. In einer gerechten  
477 Gesellschaft müssen alle Kinder die gleichen Bildungschancen im Leben bekommen. Eliteschulen  
478 für Reiche sind daher ebenso wie die Privatisierung öffentlicher Aufgaben abzulehnen.  
479 Gute Bedingungen für Schüler:innen und Lehrkräfte bedeuten auch, den immensen Sanierungs-  
480 stau an den Schulen konsequent anzugehen. Es kann nicht sein, dass den Schülerinnen und Schü-  
481 lern im wahrsten Sinne des Wortes die Decke auf den Kopf fällt oder die Toiletten nicht begehbar  
482 sind. Die Kommunen sind hier als Schulträger in der Verantwortung. Dafür ist angesichts der enor- - 16 -

483 men Baukostensteigerungen auch substanzielle finanzielle Unterstützung vom Land notwendig.  
484 An allen Bildungseinrichtungen muss sichergestellt sein, dass alle Barrieren abgebaut werden und  
485 sie grenzenlos zugänglich für Schüler:innen mit Behinderungen sind. (Sonderpädagogisches) Be-  
486 treuungspersonal, das den Schüler:innen mit Behinderungen die Teilhabe am Regelunterricht er-  
487 möglicht, muss immerzu berücksichtigt werden, denn wahre Inklusion darf nie spalten oder aus-  
488 grenzen.  
489



572 Solidarität statt Hass: gemeinsam antirassistisch!  
573 Unsere Stadt hat Platz – nur nicht für Rassismus. Wir stellen uns vehement jenen entgegen, die

KV Freiburg

**26) Ab Zeilen 573-575 einfügen/ersetzen:** "... - nur nicht für Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus. Wir tolerieren keine Diskriminierung und Ausgrenzung auf Grund von vermeintlichen körperlichen Besonderheiten und ausgedachten Unterschieden und stellen uns aktuell besonders denen vehement entgegen, die versuchen Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte als Bedrohung darzustellen.

**Übernahme LaVo**

574 versuchen, Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund als Bedrohung darzustellen, sie dis-  
575 kriminieren oder ausgrenzen.



879 Die LINKE fordert:

- 880 - Bürgerinnen und Bürger öfter und auch verbindlicher einzubeziehen, zum Beispiel durch
- 881 Bürger:innenhaushalte. Gerade bei kostenintensiven Großprojekten und bei Vorhaben
- 882 kommunaler Betriebe wie Krankenhäuser, Verkehrsverbünde und Stadtwerke braucht es
- 883 Möglichkeiten der Partizipation, auch die der Selbstverwaltungsorgane.
- 884 - Transparenz statt Geheimräte in allen kommunalen Gremien, denn Demokratie lebt von

OV Bad Cannstatt (Ursel Beck)

**27) Zeilen 884 ersetzen durch:** "Transparenz und Demokratie statt Geheimräte und Korruption. Städtische Betriebe müssen Eigenbetriebe sein mit demokratisch gewählten Führungsorganen aus Vertretern von Belegschaft, Gewerkschaft und direkt gewählten Vertretern der Kommune. Diese gewählten Vertreter in Führungs- und Verwaltungsorganen dürfen keine privilegierte Stellung haben und müssen jederzeit abwählbar sein. Die Verwaltungsräte müssen öffentlich tagen."

**Teil-Übernahme, Vorschlag des LaVo. Von der Antragstellerin vorgeschlagenen Text durch nachfolgenden Text ersetzen:** "Transparenz in allen Kommunalen Gremien, denn Demokratie lebt von Beteiligung. Die Aufsichts- und Verwaltungsräte müssen, soweit gesetzlich möglich, öffentlich tagen. Es muss einen öffentlicher Austausch darüber geben, wie die städtischen Betriebe ihre inhaltlichen Schwerpunktsetzungen legen."

**Bei NICHT-Einigung: Entscheidung des Parteitages:**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

**Bemerkungen:**

**Redaktionelle Anträge und Präzisierungen zur besseren Lesbarkeit des KV Freiburg - > wenn nicht anders vermerkt, so vom Landesvorstand übernommen oder teilübernommen**

**0. Politik für alle in Landkreisen, Städten und Gemeinden - Menschen vor Profite:  
Z 26- 53**

*Kommunalpolitik betrifft uns alle. Direkt vor unserer Haustür - und oft auch dahinter- werden die gesellschaftlichen Konflikte sichtbar. Wenige werden immer reicher, während sich Viele für niedrige Löhne abrackern und kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. An allen Orten, die das gesellschaftliche Leben aufrechterhalten, spürt man das fehlende Personal: In Krankenhäusern und Pflegeheimen, an Schulen und in den Kitas, im Nahverkehr und im Einzelhandel und das sind noch lange nicht alle. Die Krisen häufen sich immer mehr. Coronapandemie, Krieg in Europa, Inflation, Strom- und Gaskrise, die Folgen des fortschreitenden Klimawandels und eine größer werdende Schere zwischen Arm und Reich.*

*Das Scheitern der Ampelkoalition, besonders beim Thema Klimaschutz, und der Aufschwung der AfD zeigen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Große Teile der Bevölkerung -bis weit in die Mittelschicht- erleben durch systematische Verarmung einen umfassenden Angriff auf ihre Lebensqualität. Die Absenkung der Reallöhne, Zwangsarbeit für Bürgergeld-Bezieher:innen nach sechs Monaten, Angriff auf die Renten, Blockaden bei der Kindergrundsicherung und armutssicheren Mindestlohn, Steuerentlastung für Superreiche, steigende Preise überall und zugleich eine Verschlechterung der Qualität von Wasser und Böden führen zu Verunsicherung und Zukunftsangst. Dazu kommen auf die Kommunen neue oder bisher vernachlässigte Aufgaben hinzu durch Sturzfluten, Dürren und Hitzewellen. Wir als DIE LINKE. sind überzeugt: Wir brauchen entschiedene Maßnahmen zur Entlastung der Mehrheit und eine grundsätzliche Veränderung für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft. Wir brauchen eine ökologische Wende, die mit sozialer Sicherheit einhergeht. Nur so kann die notwendige breite Akzeptanz für einen weitreichenden Klimaschutz erreicht werden. Mit dem aktuellen Bericht des Club of Rome „Eine Erde für alle“ (2022) ist es wissenschaftlich belegt, dass die globale Bekämpfung der Armut eine Bedingung der Sicherung unserer Lebensbedingungen bedeutet. Die Sicherung der Lebensqualität mit der Daseinsvorsorge und der Natur (Wasser, Böden, Wälder, Luft) beginnt in den Kommunen.*

*Linke Kommunalpolitik heißt deswegen einzutreten für soziale Interessen, nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle in der Gemeinde und im Landkreis.*

**1. Mieten runter**

**Z. 106:** In allen Landkreisen beziehungsweise und Städten muss es kommunale Wohnungsbaugesellschaften geben.

**Z. 111:** „deutlich aufstocken“

**Z. 112:** Ergänzung zum Punkt Wohnprojekte: Das Fördervolumen muss so angehoben werden, dass der Verfügungsumfang nicht schon im Frühjahr ausgeschöpft ist, sondern das ganze Jahr verfügbar ist.

**2. Vorfahrt für soziales und gute Arbeit**

**Z. 139:** etwa 400.000 ~~alter~~ Kinder

**Z. 141:** ... und ~~entlasten mitunter sogar die Falschen:~~ erreichen mitunter ohnehin schon bevorteilte Haushalte, anstatt weitaus stärker förderungsbedürftige Bevölkerungsgruppen.

**3. Lebenswerte Kommunen - ökologisch und sozial**

**Z. 258:** hier ist ein Punkt zu viel: der Rio-Erklärung-1992.

**Z. 300:** Ergänzung: Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dächern und Flächen, auch von Eigenbetrieben und Wohnungsbaugesellschaften

#### 4. Mit links unterwegs – Mobil und Digital

~~Z. 351 f: Umformulierung für leichteres Lesen: Es darf nicht vom Geldbeutel, vom Alter oder vom Wohnort in der Stadt oder auf dem Land abhängen, dass man gut und günstig mobil ist: Gute Mobilität darf nicht von Geldbeutel, Alter oder Wohnort in der Stadt oder auf dem Land abhängen.~~

~~Z. 356: Zeilenumbruch vor „Städte“ zwecks besserer Lesbarkeit~~

~~Z. 366: möglich.~~

~~Z. 380 f: Umformulierung für bessere Lesbarkeit: Stuttgart21 sabotiert die notwendige Mobilitätswende im ganzen Land, da es ein Verkehrs-Nadelöhr schafft.: Stuttgart 21 schafft ein Verkehrs-Nadelöhr und sabotiert so die notwendige Mobilitätswende im ganzen Land.~~

~~Z. 382: Die Züge aus Richtung Konstanz und Singen...~~

~~Z. 390: gewährleistet~~

~~Z. 413: Stichpunktstrich fehlt: - Ausbau von Fußwegen...~~

~~Z. 417: Bindestrich nach „Straßen“ soll Gedankenstrich sein~~

~~Z.477-478: Präzisierung: Eliteschulen für Reiche sind daher ebenso wie die Privatisierung öffentlicher Aufgaben abzulehnen.: Daher setzen wir uns für eine langfristige Überwindung des Privatschulsektors ein. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben lehnen wir ab~~

**Teilübernahme, Einigung mit Antragssteller\*in: Wir lehnen Eliteschulen für Reiche daher ebenso wie die Privatisierung öffentlicher Aufgaben ab.**

#### 6. Stadt für alle – feministisch, antirassistisch, queer und inklusiv

~~Z. 578: Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein -> DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass...~~

#### 7. Kultur und Sport für alle

~~Z. 711: Unterüberschrift nicht unterstreichen für Einheitlichkeit im ganzen Text~~

~~Z. 714: ...Teilhabe und Teilnahme...~~

~~Z. 718: Gedankenstrich statt Komma nach „Tanzgruppen“~~

~~Z. 741f: Für bessere Lesbarkeit: Der Eintritt zu öffentlich finanzierten Bibliotheken und Museen muss für alle kostenfrei sein, sofern diese über öffentliche Gelder finanziert wurden.~~

~~Z. 743: von --> an~~

~~Z. 743-745: streichen, die Forderung wiederholt sich im nächsten Punkt und ist dort besser formuliert~~

~~Z. 782: Sport bezahlbar für alle:~~

~~Z. 782: ... vergünstigte und beitragsfreie Mitgliedschaften für Menschen mit wenig Einkommen~~

#### 8. Gesundheit ist keine Ware – Pflegenotstand bekämpfen

~~Z. 797: Mit der LINKEN ist das nicht machbar. -> DIE LINKE lehnt diese Politik ab.~~

~~Z. 815: ... und Facharztpraxen ergänzen~~

**Nicht übernommen, Einigung mit Antragsteller:in**

#### 9. Reichtum umverteilen – Wirtschaft und Finanzen von links

~~Z. 860ff: -> Was ist damit gemeint? Kann man das präzisieren oder weglassen?~~

~~„Um jungen Menschen mehr Alternativen für eine Berufsausbildung zu bieten wollen wir Betriebe, die von Menschen mit Migrationshintergrund geführt werden in die Gespräche einbeziehen“ (-> wird gestrichen)~~

~~Z. 834/835 „über 100 Milliarden“ statt 110 Milliarden: auch wenn 110 korrekt ist, ist medial ist immer die Sprache von 100 Mrd., 110 irritiert~~

## 10. Demokratie und Frieden

**Z. 902:** *Ergänzung und leichte Umformulierung:*

DIE LINKE lehnt Kriege als Mittel der Politik ab. Deshalb spricht sie sich klar gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wie auch gegen alle anderen völkerrechtswidrigen Kriege aus, die aktuell auf der Welt geführt werden.

**Nicht übernommen, Einigung mit Antragsteller:in**

**Z874** ~~voraus~~ -> Voraussetzung

**Z880** ~~Bürgerinnen und Bürger~~ -> Bürger:innen

**Z888-89** ~~...BezirksbeiräteN, ...MigrationsbeiräteN und BeiräteN~~

**Z893** ~~Landrätinnen und Landräte~~ -> Landrät:innen

**Z898** *ergänzen:* ...grundsätzlich offengelegt werden.

**Z904** ~~Flüchtlinge~~ -> Geflüchtete

**Z907** *Leerzeichen am Zeilenanfang*

**Z908-10** *Satz teilen und zweiten Teil leicht umformulieren für bessere Lesbarkeit:*

Wir wollen stattdessen Friedensinitiativen einladen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Bildungsmessen, die in kommunalen ~~Immobilien~~ Gebäuden stattfinden, gemäß der UN-Kinderrechtskonvention Armeen keine unter 18-jährigen werben dürfen.

**Z917** *Leerzeichen am Zeilenanfang*

**Z918** *Leerzeichen zwischen ‚kann.‘ und ‚Kommunale‘*

**Z922** *Komma vor ‚sondern‘*

**Z924** *Zur leichteren Lesbarkeit:* Komma vor „außerdem“ durch Punkt ersetzen und den Satz teilen.